

1011 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIII. GP

Bericht des Justizausschusses

über den Einspruch des Bundesrates (1000 der Beilagen) gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 29. November 1973 betreffend ein Bundesgesetz über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen (Strafgesetzbuch — StGB)

Der Justizausschuß hat den gegenständlichen Einspruch des Bundesrates in seiner Sitzung am 15. Jänner 1974 in Verhandlung gezogen.

Nach einer Debatte, an der außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Skritek und Dr. Hauser sowie der Ausschußobmann Abgeordneter Zeillinger und der Bundesminister für Justiz Dr. Broda beteiligten, beschloß der Ausschuß auf Antrag des Abgeord-

neten Skritek mit Stimmenmehrheit, dem Hohen Hause die Fassung eines Beharrungsbeschlusses zu empfehlen.

Der Justizausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

„Der ursprüngliche Beschluß des Nationalrates vom 29. November 1973, mit welchem dem Entwurf eines Bundesgesetzes über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen (Strafgesetzbuch — StGB) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt wurde, wird gemäß Art. 42 Abs. 4 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 wiederholt.“

Wien, am 15. Jänner 1974

Dr. Reinhart
Berichterstatter

Zeillinger
Obmann